

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Wintefeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Verantwortlicher Schriftführer: Kurt Gühne Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Staatshaushalt und Staatsverfassung.

I.

Ein gutverwalteter, gutgeleiteter Staat läßt sich vergleichen mit einer großen Familie, deren sämtliche Glieder in einem gemeinsamen Haushalt vereinigt sind. Die wichtigste Aufgabe eines tüchtigen Hausvaters besteht nicht nur darin, Einnahmen und Ausgaben in ein richtiges Verhältnis zu bringen, sondern er hat sein Augenmerk auch darauf zu richten, neue Einnahmequellen zu finden und zu erschaffen, damit der Haushalt allen, neu auftommenden notwendigen Anforderungen gerecht zu werden vermag. Er darf kein Verschwender, aber auch kein Geizhals sein, er braucht keine Reichthümer aufzuhäufen, er soll sich aber auch vor dem Schuldenstand hüten, vor allen Dingen hat er aber darauf zu achten, daß jedes Familienmitglied seine Pflicht tut, indem es nutzbringende Arbeit leistet, und daß jeder das erhält, was ihm zukommt. Wenn er in diesem Sinne wirkt, umsichtig, überlegend, weit aussehend und auch streng gerecht, so wird die Familie in Einheit und Zufriedenheit gedeihen und alle Glieder werden sich wohlfühlen.

Legt man diesen Maßstab an unsere staatlichen und gemeindlichen Gebilde in Deutschland an, so müssen wir sagen, daß wir von einem solchen Zustande noch sehr weit entfernt sind, woraus uns die Pflicht erwächst, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß dies uns vorstehende Ziel erreicht wird. Die Umformung unseres Staates und seine Ausgestaltung zu einem sozialen Organismus ist die dringendste Aufgabe, die uns die Gegenwart stellt. Die Ausgleichung der vorhandenen Gegensätze, die Steigerung der wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen, die Genesung der finanziellen Verhältnisse, die Hebung des Volkswohlbefindens, der Volksgesundheit und des Volksglückes, alle diese Mittel sollen den Grundgedanken sein, daß das Wohl des Volkes in seiner Gesamtheit das höchste Gesetz ist. Die Staatskunst, diese vornehmste und edelste Kunst, weil sie lebende Menschen als Objekte ihrer Betätigung hat, künft darauf hinaus, Staat und Volk zu einer wirtschaftlichen und seelischen Einheit zusammenzufügen, in der alle Glieder das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit als unauflösbaren Fels in sich tragen. Daß die Schaffung eines solchen Staates ein Ziel ist, dem alle Volksgenossen ihre Kräfte zu widmen haben, bedarf wohl keines Beweises. Wobei gesagt werden muß, daß alle großen Geister der Vergangenheit Pläne gezeichnet haben, um diesen Tempel als das Heim glücklicher Menschen zu errichten.

Wie uns die Geschichte lehrt, hat der Staat in seiner Reifezeit eine lange Entwicklung durchgemacht. Er ist entstanden, als die einfache Menschenherde fremde Elemente, vorwiegend benachteiligte Feinde, in sich aufnahm, die von den Herrschenden ausgebeutet und unterdrückt wurde. Damals war er der Ausdruck der Unzufriedenheit, ein Klassenstaat, dessen einzige Aufgabe darin bestand, die Unterdrückten im Zaume zu halten

und die Besitzenden in ihren Vorrechten zu schützen. Allmählich verschmolzen die Angehörigen eines Staates miteinander, die Scheidung zwischen Bevorrechteten und Benachteiligten wurde in der Theorie mehr und mehr verwischt, der Gedanke der Gleichberechtigung aller Volksgenossen schlug Wurzel, das Rechtsbewußtsein wurde zu einer mächtigen Triebkraft und zu einem wirklichen Entwicklungshebel, und so entstand der moderne Rechtsstaat. Der Staatsgedanke bekam einen neuen Inhalt, und in der Theorie wurde der Grundsatz vertreten, daß alle Staatsbürger die gleiche Fürsorge verdienen und daß sie allesamt Anspruch hätten auf die Teilnahme an den Staatsgeschäften. Der Staat sollte alle seine Glieder mit gleicher Liebe umfassen und keines gegen das andere zurücksetzen, der Gedanke des demokratischen Sozialismus sollte die Richtschnur seines Tuns und Lassens sein. Wir brauchen wohl nicht erst zu betonen, daß dieser Grundsatz bislang weder bei uns noch in anderen Staaten verwirklicht worden ist, aber als Ziel wird er allgemein aufgestellt. Besonders unter dem Einfluß des Krieges wird von den erleuchteten Geistern die Einheit von Volkswohl und Staatswohl in den Vordergrund gedrängt.

Soll unser Staatswesen, wie es von sozial empfindenden und demokratisch denkenden Menschen gefordert wird, zu einer großen Volksfamilie werden, so kommt es wesentlich darauf an, den Staatshaushalt so einzurichten und die Staatsverfassung so zu gestalten, daß sie dem Bedürfnis moderner Kulturmenschen entsprechen. Das heißt also, unser Staat muß vernünftig und gerecht wirtschaften und er muß alle seine Glieder zur tatkräftigen Mitarbeit heranziehen. Er muß selbst seine Pflicht tun, aber er muß auch alle seine Angehörigen zur Pflichterfüllung anhalten, was natürlich nicht möglich ist, ohne ihnen die gleichen Rechte zu gewähren. Wie in einer gutgeordneten Familie jedermann gern und freudig seine Pflicht und Schuldigkeit erfüllt, weil er weiß, daß er als gleichberechtigtes und gleichwertiges Mitglied angesehen wird, so werden in einem Staate, der im Geiste des Sozialismus und der Demokratie lebt und wirkt, alle Volksgenossen organisch zusammenarbeiten, um das Staatswesen zur höchsten Blüte zu bringen. Umgekehrt kann von einem solchen Zusammenwirken so lange nicht die Rede sein, wie die eine Volksschicht hinter der anderen zurückbleibt und wie die eine bevorzugt und die andere vernachlässigt wird. Die augleichen Gerechtigkeit muß tatsächlich zum Fundament unseres Staates und unserer Gemeinden werden.

Bekanntlich hat der Krieg, abgesehen von allen sonstigen Schäden, dem Staat ganz ungewohnte Lasten aufgeschuldet. Die Schuldentlast ist lawinenartig angewachsen, und ihre Verzinsung und Tilgung erfordert fortlaufend große Aufwendungen, dazu kommen noch die Ausgaben für die Opfer des Krieges und alle jene Summen, die notwendigerweise verausgabt werden müssen, um die durch den Krieg hervorgerufenen Schäden an

der Gesundheit, Eittlichkeit und Leistungsfähigkeit unseres Volkes zu heilen. Nicht minder auch sind für kulturelle Zwecke große Aufwendungen zu machen. Zur Aufbringung all dieser riesenhafteu Summen bedarf es einer planmäßigen Finanzwirtschaft, die nicht nur darauf hinausläuft, überall zu kincern und Abstriche zu machen, sondern die darauf gerichtet ist, immer neue Einnahmequellen zu eröffnen zur Deckung der Ausgaben. Hierzu erscheint eine Reform unseres Steuerwesens allein nicht ausreichend. Wohl muß der Grundsatz folgerichtig und zielbewußt durchgeführt werden, daß die Steuerlasten auf die stärksten Schultern zu legen und daß die Unterbischen zu entlasten sind, aber selbst wenn dies geschieht, wird es nicht möglich sein, die ungeheuren Summen anzuführen, die auch bei der größten Sparsamkeit unbedingt nötig sind. Darum wird uns nichts anderes übrig bleiben, als daß der Staat sich aus der Schuldenwirtschaft des Privatkapitals dadurch frei macht, daß er selbst zu einem Wirtschaftler wird, der alle möglichen Unternehmungen betreibt und aus ihnen hohe Erträge herauswirtschaftet. Das staatliche Finanzkavital muß zu einem verbonden Kapital werden, indem es immer weitere Gebiete wirtschaftlicher Tätigkeit für sich in Anspruch

nimmt, die es auf dem Wege zwangsmäßiger Enteignung in seinen Besitz bringt. Da das Gedeihen des Staates und der Allgemeinheit der Bürger unter allen Umständen höher stehen muß, als das persönliche Interesse der Geldleute, so kann ein unpactisch denkender Mensch keinerlei Bedenken tragen, diese Maßregel anzubekennen, für die außer finanziellen auch wirtschaftliche Gründe sprechen. Unser Wirtschaftsleben drängt nämlich mit unabweisbarer Notwendigkeit zum organisierten Großbetrieb, wobei sich die Frage aufwirft, ob es geduldet werden darf, daß unser Volk in all seinen produzierenden und konsumierenden Schichten immer mehr in die dauernde Abhängigkeit von einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Großkapitalisten gerät, aus der es höchstens durch eine gewalttätige, blutige Revolution zu erlösen wäre, oder ob es nicht richtiger ist, wenn der Staat der einzige Großkapitalist wird, der alle Ueberflüsse und Erträge seines Wirtschaftens reiflos seinen Bürgern zuführt. Mit der Beantwortung dieser Frage steht und fällt das Schicksal unseres Staates und unseres Volkes. Für uns kann die Antwort nur lauten: Staatliche Bedarfsdeckungswirtschaft an Stelle großkapitalistischer Ausbeutungswirtschaft!

Unser Verband am Schlusse des 48. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. August 1918.)

Nach der beschlossene Monat brachte unsem Verbande einen Zuwachs von Mitgliedern. Wir zählen nun 36862 Mitglieder, 379 mehr als am 1. Juli, davon 317 männliche und 62 weibliche. Wie im Vormonat überwiegt auch diesmal die männliche Mitgliederzunahme gegenüber der weiblichen. Ebenso bei den Neuaufnahmen, wo 662 männliche 278 weiblichen gegenüberstehen. Im Vorere Monat bei 28545 Mitglieder. Die Zahl der Frauen sowie der Kinder hat sich etwas vermindert. Ertere beträgt 21042 (21155) die der Kinder 10248 (10581). Tote haben wir diesmal nicht zu beklagen, die Zahl (2641) ist die gleiche geblieben.

An Unternehmungen veranlaßte die Hauptkasse 165,75 RM auf 97,50 an Arbeitslohn und 22 RM für Maßregelung. An Strafen und Bußen wurden 14970,55 RM (11981,30) veranlaßt. Es sind dies 2986,25 RM mehr als im Juni. Die Strafunterstützung betrug mit 6084 RM, einen kleinen Rückgang von 1731,50 gegenüber dem Vormonat (8714,50). Die Gesamtansgabe für den Monat wurde einer mit 22141,30 RM, eine Steigerung von 1315 RM. Im Juni betrug sie 20796,30 RM.

So ericaulich das Gesamtbild unserer Aufwärtsentwicklung sein mag, wenn man insbesondere die ericaunenden Kriegswirtschaftliche in Betracht zieht, so ist at doch bei alledem kein Anlaß zum Ansehen vor! Das aufmerksame Studium der Einzelzahlen beweist uns wiederum, daß in manchen Gauen noch mit viel größerer Energie von allen Stellen einsetzt werden muß, um die Verbesserungen fruchtbringend zu gestalten.

Zur Anschauung geben wir die tabellarischen Ueberichten:

Kaufmetag	Mitgliederbestand	Neuaufnahmen	Mitglieder		Angehörige der Einzelgewerkschaften		Arbeitslose
			Männl.	Weibl.	Frauen	Kinder	
1. Juli 1914	54522	—	—	—	—	—	—
15. August 1914	41922	1910	—	—	8517	18001	531
1. Oktober	37174	2779	—	—	11508	22117	511
1. Januar 1915	34850	3600	—	—	12194	24070	523
1. April	31831	3395	—	—	11796	27893	201
1. Juli	29297	3445	—	—	16703	32677	72
1. Oktober	27844	2634	—	—	18137	36390	77
1. Januar 1916	26605	477	2513	—	19294	37739	232
1. April	26690	627	1985	—	19662	37714	158
1. Juli	27013	703	1116	—	20698	38414	56
1. Oktober	26190	555	1025	—	23845	40154	59
1. Januar 1917	25586	581	645	—	21590	41543	131
1. April	26380	1381	—	723	21847	42298	57
1. Juli	27498	1144	—	1872	21631	42699	40
1. Oktober	30149	1699	—	4573	21573	40801	25
1. Januar 1918	32925	1299	—	7392	21320	40543	100
1. Februar	33631	1216	—	7993	21594	40666	77
1. März	34690	1402	—	9016	21467	40258	58
1. April	35197	1601	—	9522	21414	40194	63
1. Mai	35695	1137	—	9862	21562	40015	63
1. Juni	36296	1134	—	10332	21152	39641	41
1. Juli	36183	1315	—	10558	21155	39584	40
1. August	36862	1040	—	10885	21042	39248	60

Landes-Bez.	Gau	Mitgliederzahl am				Neuaufnahmen		Mitglieder-		Angehörige der Einzelgewerkschaften		Im Juni 1918 auf Kosten der Hauptkasse ausgegebene Unterstützungen							
		Schluss des H. D. 1914	1. August 1918		männlich	weiblich	Zu-	Ab-	Frauen	Kinder	an Arbeitslose		in Strafen		Gesamtsumme				
			Zu-	ab-							RM.	W.	RM.	W.					
1	Berlin	9619	6362	4573	1789	275	133	3907	—	1073	8326	6	75	3160	90	1350	4517	65	
2	Brandenburg	1022	527	440	87	2	—	—	25	323	684	—	—	177	—	250	—	427	
3	Bremen	2670	1469	1168	301	48	9	114	—	881	1625	—	—	516	75	120	—	636	75
4	Breslau	1300	2504	858	1646	23	57	2291	—	777	1703	47	—	971	40	365	—	1383	40
5	Dresden	3381	2008	1715	293	61	20	151	—	1189	1902	—	—	794	75	430	—	1224	75
6	Hamb.-Holl.	2159	1573	1331	242	36	4	396	—	787	1014	—	—	373	—	180	—	553	—
7	Hannover	3109	2827	2273	554	68	24	1526	—	1436	3090	—	—	1067	—	260	—	1327	—
8	Hamburg	7075	4263	3596	697	19	41	1183	—	2748	4749	6	25	972	25	1040	—	2018	50
9	Hannover	1171	859	692	177	35	3	261	—	492	1067	8	—	190	—	140	—	338	—
10	Hannover	1162	549	507	42	9	—	43	—	628	1271	—	—	236	50	60	—	296	50
11	Hannover	3172	1570	1390	190	15	2	392	—	1060	2106	—	—	710	—	565	—	1275	—
12	Hannover	1596	1502	1391	111	15	2	741	—	613	1264	—	—	657	25	375	—	1032	25
13	Hannover	1499	943	878	65	15	6	72	—	455	606	3	50	650	75	210	—	864	75
14	Hannover	3326	2082	1686	396	22	5	315	—	1289	2188	8	75	900	50	338	—	1247	75
15	Hannover	4151	3593	2257	1336	33	40	802	—	1056	2512	97	50	2050	50	90	—	3078	—
16	Hannover	2618	1678	1429	249	62	14	190	—	937	1927	10	—	599	—	140	—	749	—
17	Hannover	1909	740	654	86	31	7	—	396	707	1329	—	—	121	75	—	—	121	75
18	Hannover	2694	1711	1490	231	20	3	—	20	903	1791	—	—	821	25	230	—	1051	25
19	Hannover	312	102	41	61	3	4	—	66	97	61	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt		54522	36862	28279	8583	662	378	10885	—	21042	39248	187	75	14970	55	6984	—	22141	30

Unsere Forderungen in Hamburg.

Großmangel und Mangel an Bekleidungsmittelein gemischt in Wechselbeziehung waren die Ursachen der Forderung mehrerer Arbeitergruppen, der ihnen früher bewilligten Lieferung von Arbeitskleidung auch jetzt nachzukommen oder die Lieferung durch Geld abzulösen oder, wenn bisher schon Kleidergeld gewährt wurde, diese Vergütung zu erhöhen. Die Verwaltung der Straßenreinigung klage über die großen Schwierigkeiten in der Beschaffung von Arbeitskleidung, diese sei nur schwer zu bekommen, die Qualität sehr schlecht und der Preis unerhört hoch. Das auf 24 Mk. jährlich festgesetzte Kleidergeld wurde auf 48 Mk. erhöht; die erste Vierteljahrssrate im Betrage von 12 Mk. wurde am Ende der ersten Lohnperiode im Monat Juli dieses Jahres ausbezahlt.

Für die Gaswerke hat die Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter folgenden Bescheid erteilt:

Die Senatskommission ist damit einverstanden, daß den durch die Nichtlieferung der üblichen Arbeitskleidung benachteiligten Feuerhausarbeitern für 1917 ein Betrag von 20 Mk. und für 1918 ein Betrag von 75 Mk., den Plabarbeitern für 1918 ein Betrag von 70 Mk. gezahlt wird. Von dem für 1918 eingesehten Betrag ist die Hälfte sofort, ein weiteres Viertel am 1. Oktober und der Rest zum 31. Dezember zu zahlen.

Auf den in der Staatsarbeiterversammlung am 13. Juni d. J. gefaßten Beschluß (als Eingabe an die Senatskommission für Staatsarbeiterangelegenheiten dieser mitgeteilt) wurde uns am 24. Juli geantwortet:

Auf Ihre Eingabe vom 18. Juni d. J. wird Ihnen erwidert, daß der Senat beschlossen hat, für den Herbst dieses Jahres eine Erhöhung der Kriegserwerbszulagen für im unmittelbaren Staatsdienst stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter in Aussicht zu nehmen.

Dieser Bescheid war dann weiter Gegenstand der Besprechung zwischen dem Delegierten der benannten Senatskommission und einem unserer Geschäftsführer. (Der Vorsitzende der Senatskommission, Herr Senator von Beckenbergh-Göppert ist zurzeit auswärts.) Die Unterredung drehte sich um die Fragen: Wann im Herbst wird die Erhöhung der Zulagen eintreten? Wird zunächst eine einmalige Zulage gewährt werden? Kommt dann sofort anschließend eine Erhöhung der laufenden Zulagen in Betracht? Und zwar bei der Kriegsbilanz oder bei dem Gehalts- oder Lohnzuschlag? Wird der Senat die entsprechenden Verhältnisse im Reich und in Preußen berücksichtigen? Inwiefern kann dies geschehen, obgleich bisher in Hamburg die Beamten und Arbeiter einseitlich gestellt sind, in Preußen aber die Beamten und Arbeiter verschieden behandelt werden, in Hamburg auch Staats- und Gemeindeangestellte, dagegen bei den Behörden des preussischen Staates nur Staatsangestellte allein in Frage kommen? Die Förderung brachte aber nicht den als Resultat von uns gewünschten Ausschlag. Der Delegierte ließ sich in allem auf die Erklärung zurück, während Zulagen könne er nicht geben, ehe es deshalb nicht, weil alles noch im Vorwege der Erwägung laufe, und zweitens deshalb nicht, weil er keinesfalls dem Senat vorzöge. Dabei betonte der Delegierte, bei der mehrmaligen Herabsetzung der Lohnzuschläge als Kriegsteuerzuschläge sei jedesmal die Arbeiterschaft zufriedengestellt worden, hiernach könne man aber auch die Senatskommission Vertrauen in bezug auf die fernere Gestaltung der Zulagenverhältnisse fassen. Bei dem großen Umfang der einschlägigen Fragen, unter denen solche, in denen Hamburg nicht immer allein, ohne Rücksicht auf andere Bundesstaaten, vorgehen könne, lasse sich die Angelegenheit diesmal nicht so schnell und innerhalb der Zeit, wie vom Arbeiterstandpunkt aus wünschenswert gehalten, erledigen.

Der Einstellungszwang für Kriegsbeschädigte und die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben es von vornherein an Bemühungen nicht fehlen lassen, für die Wiedereinführung der Kriegsbeschädigten in das Erwerbsleben im allgemeinen und für die ihrer Berufsallenen im besonderen Vorzüge zu streben. Wo es ihnen irgend möglich war, haben sich die Gewerkschaften durch ihre Vertreter als Helfer und Aufrechter der Interessen der Kriegsbeschädigten vielfach betätigt. Bei der bürgerlichen Organisation dieser Kategorie und der in ökonomischen und auch bürgerlichen Kreisen noch vielfach herrschenden Vorurteilen konnten jedoch die freien Gewerkschaften in soweit ihre Vertretung recht bescheiden, als auch ihr Einfluß mehr oder weniger merklich. In vielen Fällen sind die Gewerkschaften heute noch ohne Vertretung in der Kriegsbekämpfung oder ihre Vertretung beschränkt auf den

Einer Reihe von Gewerkschaften, vorab solchen, die mit den Arbeitgebern ihres Berufes örtliche Tarifverträge oder einen Reichstarif abgeschlossen haben, war es möglich, im Rahmen des Tarifvertrages oder aber durch Schaffung sogenannter Arbeitsgemeinschaften für die kriegsbeschädigten Arbeiter ihres Berufes nützliche Vereinbarungen zu treffen. Da jedoch auch der Krieg die Vertreter des niederen Grenzpunktes unter den Unternehmern, die von irgendeiner Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Lohnfrage nichts wissen wollen, nicht zu einem demokratischen Standpunkt bekehrt hat, selbst nicht zugunsten der Kriegsbeschädigten, mußten die Arbeitsgemeinschaften leider auf einen verhältnismäßig geringen Teil der Gewerbe- und Industrien beschränkt bleiben.

Die Gewerkschaften, die ja schon in ihrer bloßen Existenz grundsätzlich der Auffassung widersprechen, als könnten die Arbeitnehmer sich auf das Wohlwollen der Unternehmer verlassen, können auch die Kriegsbeschädigten unmöglich dem guten Willen gerade derjenigen Unternehmer überlassen, die den guten Willen zur Befriedigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Arbeitnehmern bisher immer noch vermessen ließen. Den Gewerkschaften muß ganz besonders daran gelegen sein, daß alle auch nur noch teilweise arbeitsfähige Kriegsbeschädigte nach dem Kriege dauernd in Arbeit untergebracht werden, weiter aber, daß die Kriegsbeschädigten Arbeiter und Angestellten möglichst wieder wie zuvor auf die einzelnen Gewerbe und Industrien verteilt werden. Jeder Kriegsbeschädigte soll möglichst wieder seiner früheren oder aber einer verwandten Tätigkeit zugeführt werden, soweit er noch dazu befähigt ist. Einmal, damit die Kosten, die sich aus dem Nebeneinander- und Hand-in-Hand-Arbeiten der unbeschädigten mit den Kriegsbeschädigten Arbeitern für erstere ergeben, gleichmäßig verteilt werden, weiter aber, damit nicht Kriegsbeschädigte in einzelnen Berufen und Betrieben vorzugsweise als billige und willige Arbeitskräfte beschäftigt und als Lohnrüder in irgendeiner Weise mißbraucht werden.

Die restlose Unterbringung der Kriegsbeschädigten und ihre Verteilung auf alle Berufe und Betriebe kann jedoch nur durch eine gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer erreicht werden, auch Kriegsbeschädigte zu beschäftigen, durch den Einstellungszwang. Würden die Kriegsbeschädigten lediglich auf den jetzt viel zitierten guten Willen der Arbeitgeber angewiesen sein, dann müßte ein großer Teil von ihnen ständig arbeitslos bleiben. Denn die Zahl der Unternehmer, die diesen guten Willen bisher tatsächlich bekundeten, und zwar teilweise in recht anerkennenswerter Weise, war nicht nach Zahl als nach Art der Unterbringung, ist verhältnismäßig noch ziemlich gering. Als Mitglieder der Gewerkschaften haben auch die Kriegsbeschädigten einen gewissen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung. Der Gedanke, sie etwa — soweit sie nicht gänzlich erwerbsunfähig sind — als Mitglieder zweiter Klasse zu behandeln, ihnen bei geringeren Beitragsleistungen geringere Unterstützungsansprüche einzuräumen, sie von der Erwerbslosenunterstützung auszuschließen, wird wohl in keiner Gewerkschaft aufkommen können. Würden aber die Kriegsbeschädigten Betriebsmitglieder aller besonderen Nachteilen und Schwankungen des Arbeitsmarktes ausgesetzt sein, dann bedauerte diese außer all den sonstigen schädlichen Folgen, für die Unterstützungsanordnungen der Gewerkschaften eine solche Belassung, daß diese Einrichtungen nur durch bedeutende Beitragserhöhung zu aufrechterhalten werden könnten, ohne doch der Not der Kriegsbeschädigten wirklich zu steuern. Die Erwerbslosenunterstützung hat wohl den Zweck, den Mitgliedern bei vorübergehender Arbeitslosigkeit das Durchhalten zu erleichtern, sie nicht in die Zwangslage kommen zu lassen, um jeden Preis ihre Arbeitskraft anzubieten, ohne Rücksicht auf die geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, doch ist sie nicht Selbstzweck. Sie wird auch den Kriegsbeschädigten Mitgliedern im Bedarfsfalle gewährt werden, nachdem durch den Einstellungszwang die Voraussetzung geschaffen ist, daß auch die Kriegsbeschädigten eingestellt werden müssen und nicht bei der Auswahl der Arbeitskräfte beiseite geschoben, zurückgewiesen werden.

Damit sind die wichtigsten, rein gewerkschaftlichen Gründe für den Einstellungszwang berührt. Natürlich kommt für dessen Durchführung in erster Linie das Allgemeininteresse der Gewerkschaften an der Lebenshaltung und der Existenzsicherheit der Arbeiterschaft und der Kriegsbeschädigten als einem Teil derselben in Frage. Der eines besonderen Schutzes bedarf, nachdem er zum Schutze des Reiches Gesundheit und Gutmäßen gepflegt hat. Mit dem Bewußtsein der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände am 25. und 26. März dieses Jahres, den Einstellungszwang genannten der schwer und schwerer Kriegsbeschädigten Arbeiter und Angestellten zu fordern, sind deshalb zahlreiche gewerkschaftliche Mitglieder

Arbeitslose
581
511
523
201
72
77
232
158
56
59
131
57
40
25
100
77
58
63
63
41
40
60
Samme
18
17 65
27
36 75
83 40
24 75
53
27
18 50
96
96 50
75
92 25
64 25
47 25
78
40
21 75
61 25
41 30

♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

Kundgebung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland.

Uns gibt folgende Kundgebung des „Volksbundes“ zu, dem 6 Millionen Männer und Frauen angeschlossen sind:

Stärker als je offenbart sich der Vernichtungswille der leitenden Staat:männer unserer Feinde gegen Deutschland. Sie bestehen nicht nur auf der völligen Zerkümmern unserer Waffengmacht, sie beharren auch auf ihren Plänen, dem deutschen Volke einen schimpflichen Frieden aufzuzwingen und es durch Abjehndung der Konjisse und Zernhalten vom Weltverkehr in wirtschaftliche Ohnmacht zu drücken.

Diese Anschläge der Feinde, die sie zu Beginn des fünften Kriegesjahres laut verkünden, obwohl in ihren eigenen Ländern die Friedenssehnsucht der Massen sowohl wie der Einsichtigen wächst, legen uns die unabwiesbare Pflicht äußerster Kraftanstrengung und fester Sammlung zur Verteidigung des Vaterlandes auf. Jeder Mann und jede Frau muß sich klar sein, es geht um Leben, Ehre und Freiheit unseres Volkes. Deutschland würde in unsagbares Elend verfallen, wenn die Feinde siegen sollten.

Seit dem ersten Tage des Weltkrieges ist unser Volk von der tiefsten Ueberzeugung befeht, daß der ihm aufgezwungene Kampf ums Dasein einer Verteidigung seiner heiligen Güter gilt. In diesem Bewußtsein hat es Ströme seines heißen Blutes vergossen, unzählige Opfer gebracht und namenlose Leiden erduldet. Nicht um Länder zu gewinnen, nicht um die Weltherrschaft zu erringen, sind Deutschlands Söhne ausgesprochen. „Uns treibt nicht Eroberungslust!“ Dies Wort des 4. August 1914 gilt auch heute noch. Und wer diesem Kampfe eine andere Deutung gibt als die eines Verteidigungskrieges, der fällt ins Geis und Seele unseres Volkes.

Die Massen müssen sprechen, weil die Feinde es wollen. Aber im festen Vertrauen auf die Kraft unserer Fronten und die Standhaftigkeit der Heimat sprechen wir es gerade angesichts des Vernichtungswillens unserer Feinde aus, daß das deutsche Volk, für dessen überaus große Mehrheit der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ Wortführer ist, das Ziel dieser Verteidigungskämpfe in einem Frieden in Ehren für alle sieht, in einem Frieden der Verständigung, ohne gewalttame Annexionen und erzwungene

Kontributionen, in einem Frieden, der die Unversehrtheit unseres Vaterlandes und die Entwicklungsfreiheit unseres Volkes ebenso sichert, wie er auch unseren Feinden die gleichen Güter gewährleistet. Der auf Recht und Gerechtigkeit begründete Völkerbund, die allgemeine Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit, der freie Austausch von Gütern in Handel und Verkehr, die Wiederherstellung der Kulturgemeinschaft aller Völker sind hohe Ziele, die dem deutschen Volke heilig sind.

Mögen die Regierungen und Völker unserer Feinde diese unverfälschte Stimme des deutschen Volkes hören! Mögen auch die neutralen Länder sie beachten! Noch einmal, dies ist die wahre, echte Stimme des deutschen Volkes, das, zum Kampfe entschlossen, solange die Not es zwingt, jede Kriegsbegehe verabschiedet und den Krieg nicht einen Tag länger fortzusetzen gewillt ist, als nötig ist, um einen gerechten, dauernden Frieden für alle zu sichern.

Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ wendet sich aber auch gegen die inneren Feinde unseres Volkes, die ihm die Freiheit seiner politischen Entwicklung verkümmern, seinen wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg hemmen, seine geschlossene Kraft zerreißen wollen. Wer heute große Parteien und breite Massen, die dem Vaterlande im Kampf und Dulden ihr Dasein weihen, befehdet, ihre Gesinnung verächtigt, ihnen verleumdende Anwürfe zuschleudert, feierlich zugesagte Rechte verweigert und damit Keime der Zwietracht und der Erbitterung sät — der verdinglich sich am Vaterlande, schwächt die Nation und wird zum Handlanger der äußeren Feinde. Freiheit und Vaterland sind unserem kämpfen und leidenden Volke in diesen Jahren des Weltkrieges zu einem untrennbaren Wesen verschmolzen — mit diesem Heldentum zieht es in den Kampf der Waffen, mit dieser Lösung geht es an die Werte des Friedens!

♦ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ♦

Schwindelanfall — Betriebsunfall? Der Standausführer L. hatte beim Einfüllen von Öl aus einem Faß in seine Maschine die übertrickenden Rünste des Oels — Erbsenprodukt — eingeatmet. Bei der Kontrolle der Gasmasse in der ersten Wohnung ist ihm dann übel geworden, so daß er auf dem Dienwege auf der Straße zu Fall kam, dabei mit dem Kopf auf die Bordsteinkante schlug und sich einen Schädelbruch zuzog. Dadurch ist L. völlig erwerbsunfähig geworden. Er erhob bei der Berufsunfähigkeit

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

(Schluß)

III. Wie können die Gewerkschaften das Kulturtheater praktisch fördern?

In den Ausführungen Nr. 31-32 glauben wir bewiesen zu haben, daß wir es in dem Theaterkulturverband mit einer Organisation zu tun haben, die gerade vom Standpunkte der Gewerkschaften aus die größtmögliche Förderung verdient. Eine Arbeit, wie dieser Verband sie leistet und fernertun in immer zunehmendem Maße leisten will, muß rückwirkend wiederum auch die Gewerkschaften in denkbar dümstigstem Sinne betrachten. Ihnen kann es nur förderlich und nützlich sein, wenn ihre Mitglieder gesund und fitlich auf denkbar hohem Niveau stehen. Daß sie zum mindesten die Zweckmäßigkeit möglichst guter künstlerischer Darbietungen schon erkannt haben, ist ja bereits ausgeführt. Ebenso aber auch, daß sie bei allem guten Willen auf diesem Gebiete nur höchst selten Wertvolles leisten können und von einer planmäßigen Förderung guter Bühnentunst dabei überhaupt keine Rede sein kann. Und doch gilt auch auf diesem Gebiete das Wort, daß das Beste gerade gut genug für die Arbeiterschaft ist. Das Beste ist aber heute so teuer, daß nur finanziell sehr gutgestellte Gewerkschaften es sich leisten können, es ihren Mitgliedern zu vermitteln. In den meisten Fällen müssen sie sich mit mangelhafter Marktware, oftmals sogar mit geringwertigen Gütern begnügen. Von einer organisatorischen Bearbeitung dieses Gebietes durch die Gewerkschaften unmittelbar kann keine Rede sein und von einer Einwirkung auf die Kunstanknüpfungen im sozialen Sinne läßt sich nicht denken. Die Möglichkeit dazu sollen und dürfen aber die Gewerkschaften nicht von der Hand weisen, wenn ihnen die Gelegenheit dazu geboten ist. Und hier ist ihnen nunmehr die Gelegenheit dazu gegeben. Auf die Bildungsmöglichkeiten durch die Darbietungen guter Bühnentunst ist schon hingewiesen. Und wenn man sich dazu noch vergegenwärtigt, daß der Theaterkulturverband seine Bestrebungen an die entscheidenden Orte der Provinz tragen, daß er auch solchen Orten des Theaters sich nähert, die bisher von jedem Kunstschaff geradezu ausgeschlossen waren, daß den ihm mit ganz besonderer Energie die Errichtung von öffentlich unterstützten Theatern betrieben wird — daß also sein drescherliches Wirken auch den Arbeiter in der Kleinstadt und mittelbar selbst im kleinsten Dorfe zugute kommen soll — wenn man dies alles

in Betracht zieht, dann wird man zugeben müssen, daß an einem solchen Wirken die Gewerkschaften ein großes, lebendiges Interesse haben. Mit Hilfe des Theaterkulturverbandes wird ihnen zum ersten Male die Gelegenheit geboten, den wunderbaren Schatz dramatischer Weltliteratur und deutscher Bühnentunst fast allen ihren Mitgliedern mit verhältnismäßig geringem Aufwand an Mitteln zugänglich machen zu können und somit bei vielen von ihnen den Sinn für die Schönheiten der Kunst und des geistigen Genießens zu erwecken und zu fördern.

Wenn aber der Theaterkulturverband diese seine großen Aufgaben erfüllen soll, dann bedarf er dazu der praktischen Mitarbeit auch der Gewerkschaften überall da, wo er in diesem Sinne wirken will. Dann ist es nicht damit getan, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit in dem Verbande körperlich vertreten sind. Die Aufgaben des Verbandes, die hier in ihrer Gesamtheit dargestellt wurden, wiederholen sich an jedem einzelnen Ort, in jeder Provinz, in jedem Bundesstaat und müssen überall praktisch in die Hand genommen werden. Überall muß darauf hingewiesen werden können, daß nämlich die Massen des Volkes das fordern, was der Verband in ihrem Namen vertritt.

Auf der anderen Seite haben wir auch ein Interesse daran, überall, wo eine Bewirklichung der aufgestellten Forderungen im allgemeinen in Aussicht steht, unser Gewicht auch in den einzelnen Ortsgruppen des Verbandes in dem Sinne geltend zu machen, daß man auf dem Gebiete der künstlerischen Darbietungen dem entgegen wird, was wir für uns ganz bestimmt festhalten zu sollen. Nicht in dem Sinne, daß nun eine ganz bestimmte Tendenz in den Forderungen gesetzt wird, sondern ganz allgemein von der Auffassung ausgehend, daß wir mitwirken und mitreden wollen, wo es sich darum handelt, daß auch für uns etwas geschaffen werden soll. Deshalb ist es durchaus wünschenswert, daß sich die einzelnen örtlichen Gewerkschaften oder auch die Gewerkschaftsstellvertreter der Ortsgruppen des Theaterkulturverbandes als werperschaftliches Mitglied beteiligen, oder, wo solche Ortsgruppen noch nicht bestehen, selber den Kontakt mit der Bildung einer Ortsgruppe zu machen.

Es wäre zu wünschen, daß diese Anregung allenthalben auf fruchtbaren Boden fällt; denn hier gilt es, eine alle Förderung aller Berufs- und Amateursverbänden endlich einmal praktisch zu verwirklichen, die lautet:

Die Kunst dem Volke!

der Gas- und Wasserwerke Anspruch auf Unfallrente, wurde indes damit abgewiesen. Der Sturz auf dem Dienstwege sei lediglich auf einen Schwindelanfall zurückzuführen, der ganz unabhängig von der Betriebsfähigkeit durch ein inneres Leiden des Verletzten verursacht worden sei. So die Berufsgenossenschaft. Die Leistung wurde vom Oberversicherungsamt, ohne weiteren Beweis zu erheben, zurückgewiesen. Es folgte den „einwandfreien“ Gutachten der von der Berufsgenossenschaft gehörten Ärzte. Das Oberversicherungsamt meinte, es sei ein Unfall des „täglichen Lebens“ infolge der bei ihm bestehenden Überberührung zum Opfer gefallen. Der gegen diese Entscheidung eingeleitete Rekurs beim Reichsversicherungsamt hatte Erfolg. Der erkennende Senat nahm das Vorliegen eines Betriebsunfalles an und beurteilte mit folgender Begründung die Berufsgenossenschaft zur Entschädigungspflicht: „Nach Lage der Sache hat sich das Reichsversicherungsamt den Entscheidungen nicht anzuschließen vermocht, sondern dem Rekurse des Klägers stattzugeben mußte. Der Kläger ist als Standaufnehmer bei der Direktion des Städtischen Gaswerks in Neulöhrlin beschäftigt und hatte als solcher die Gasmesser in der Wohnung der Gasabnehmer nachzuprüfen; er fiel an dem Unfalltage auf dem Wege von dem städtischen Gaswerk zur Standaufnahme in der M.-Straße in N. infolge eines Schwindelanfalls so heftig auf die Vordschwelle, daß er durch den Sturz einen Schädelbruch erlitt. Es kann dahingestellt bleiben, ob der Schwindelanfall, wie der Kläger annimmt, durch das Einatmen giftiger Gase oder durch die Arterienverhärtung, an der der 65 Jahre alte Mann leidet, hervorgerufen ist; der Unfall trat jedenfalls den Kläger bei der Betriebsfähigkeit. Der Kläger hatte, wie unbestritten ist, morgens 7 Uhr seinen Dienst bei der Gasanstalt aufgenommen. Er befand sich von diesem Zeitpunkt ab ohne Unterbrechung im Dienst, er war somit gegen sämtliche Gefahren vertheidigt, die sich bei der Betriebsfähigkeit ereignen. Durch seine Betriebsfähigkeit war er auch der Gefahr, auf das Straßengitter zu stürzen und sich an der Vordschwelle stürzen zu verletzen, ausgesetzt. Der Vorwurf des Betriebsunfalles erfordert nicht, daß der Verletzte der Unfallgefahr durch die Betriebsfähigkeit in erhöhtem Maße ausgesetzt war. Der Betrieb hat sonach die Bedingtheiten geschaffen, die zu dem Eintritt des Unfalls erheblich beizutragen haben, er hat deshalb unendlich zum Zustandekommen des Unfalls beigetragen. Da sich der Unfall somit bei dem Betriebe ereignet hat, ist die Vorkasse verpflichtet, den Kläger für seine Folgen zu entschädigen.“ — Das erfreuliche Resultat ist nur erzielt worden durch die Organisations- und Vertretung. Auch auf diesem Gebiete wirkt unser Verband segensreich für seine Mitglieder.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Cöln. (Ob es hilft?) Die Sonderzuweisungen von Lebensmitteln an die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit die Betriebe als Rüstungsbetriebe in Frage kommen, erfolgte bisher durch die Einkaufsvereinigung Gruppe Cöln-Mitte. Die Klagen über die Zurücklegung der städtischen Betriebe gegenüber den Privatbetrieben sind seit langem ein ständiges Thema in allen Betriebsversammlungen. Bereits Anfang Oktober 1917 stellten die freiraumierten Ausdauermittelglieder der städtischen Bahnen, Gruppe B und C, entsprechende Anträge, die auf Bildung einer besonderen Einkaufsvereinigung hinausliefen. Nunmehr ist eine solche unter dem Namen Gruppe Cöln-Mitte geschaffen. Als Arbeitnehmervertreter stellen die städtischen Bahnen als größter Betrieb, die Gas- u. w. Werke als zweitgrößter Betrieb je einen, der Fuhrpark für sich und die übrigen Betriebe ebenfalls einen Vertreter. Die Betriebe sind durch das Los der Reihe nach geordnet. Die Zuweisung der eventuell zur Verteilung gelangenden Lebensmittel, die ihren Werte nach klassifiziert sind, erfolgt nach dieser Reihenfolge. Ob nun die Versorgung der Cölnler Kollegenchaft besser wird, muß abgewartet werden. Bei der Verteilung der Lebensmittel in den einzelnen Betrieben geht anscheinend nicht alles mit rechten Dingen zu. So wird uns von Fuhrparkarbeitern berichtet, daß bei der letzten Verteilung von Pferdefleisch die Herren Aufseher und die zwei Töchter des die Verteilung vornehmenden Hilfsaufsehers zwei bis vier Pfund nach Hause trugen, während Kollegen, die schon 3,50 und fünfzehn Jahre im Betriebe sind, von dem Herrn Hilfsaufseher mit den Worten abgewiesen wurden: „Du kriegst nichts!“ Den Arbeitern des Fuhrparks und der Straßenreinigung ist aber nicht zu helfen, so lange sie glauben, ihre Interessen im Arbeitsauschuss seien am besten durch einen Hilfsaufseher gewahrt, und solange sie der Meinung sind, die freigewerkschaftlichen Organisationen entbehren zu können.

Hamburg. Die Verwaltung des Zoologischen Gartens hat auf unsere Eingabe, die Feuerungszulage (bis jetzt Grundbetrag 21 Mk. monatlich) vom 1. Juli d. J. an auf 76 Mk. monatlich zu erhöhen und auch im übrigen, inbezug auf Kinderzulagen, nach den für die Hamburgischen Staatsarbeiter festgesetzten Bestimmungen zu regeln, erwidert, daß der Aufsichtsrat der Zoologischen Gesellschaft der Anregung wohlwollend gegenüberstehe, daß er aber von der Verwaltung vorläufig Abstand nehme, und zwar bis zur Genehmigung der von ihm nachgeordneten Staatsinstitution durch die Räteerschaft. Wir haben diesen Bescheid mit einer kritisch geprüften Eingabe beantwortet. Diese erklärt: Wir fordern Bewilligung bis Ende d. M., und zwar entweder um zuerst eine

Können Verbrechergeschichten nützlich sein?

Von Dr. Franz Diederich.

Der Kampf gegen die Schundliteratur hat die Gegenwart vor dem Kriege ungemein ernst und lebhaft beschäftigt, und als dann das blutige Ringen allen Kulturbestand in den Grundfesten erschütterte, zeigte sich schnell, daß gegen Schundliteratur mehr noch als bisher Hatz und Abwehr notwendig ist. Dieser Kampf, befohlen von Vernunft und Menschlichkeit, will das Volk der Leser behüten, an seiner Seele Schaden zu nehmen. Aber um ihn führen zu können, muß man klar sein über die Frage, wo das Gebiet der Schundliteratur anfängt und wo es aufhört. Wir stehen heute nicht mehr auf dem Standpunkt, das entscheidende Merkmal könnte in der Art des Stoffes liegen, den eine Erzählung behandelt. Wir geben das Leben in allen Weiten, Höhen und Tiefen dem Erzähler für seine Arbeit frei und lassen also auch die Geschichte von Verbrechen und Verbrechern ohne Bedenken gelten. Wir brauchen den ungehemmten Blick in die Welt und können also die unbeschränkte Freiheit des Erzählers nicht einbrechen.

Die heute herrschende Gesellschaftsordnung hat dem Verbrechertum eine organische Entfaltung gewährt. Ueber Urkunden und Wirkungen dieser mächtigen sozialen Erscheinung gibt die wissenschaftliche Forschung uns bis in die feinsten Details der Verbrechen hinein Auskunft, und der Erzähler ist berufen, diese Forschung mit seinen besonderen Mitteln zu ergänzen. Wir wollen von ihm an einzelnen Fällen erfahren, wie das Leben sich in der Seele des verbrecherisch handelnden Menschen abspielt. Durchaus und einzig um dieses eigenartigen Lebens willen lassen wir die Verbrechergeschichte als ein nützlich Wert zu.

Hier liegt das Merkmal der Grenze von Gut und Böse auf diesem Gebiet der erzählenden Kunst. Wenn sie anderes geben will als eine menschliche Erklärung verbrecherischer Pläne und Taten, so sinkt sie ins Dunkle und Schädliche ab. Wir haben also jene Verbrechergeschichten abzulehnen, die das Interesse des Lesers, der den Verbrecher mitreißt, in eine Lust an seinem Tun umwandelt. Wo diese Lust erregt wird, ist Schundliteratur, die selber als ein Verbrechen betrachtet werden muß. Deshalb gehört in diese Rubrik des literarisch Verbotenen und des gesellschaftlich Gefährlichen die romanmäßige Mördergeschichte, die vor hundert Jahren ein großes Geschick machte, indem sie die Mittelwelt bei der Schwäche ihrer Empfindsamkeit zu nehmen wußte. Und deshalb gehört auch die heute

graffierende Geschichte von Verbrechen, Verbrechern und Verbrechertum dazu, die mit teuflischer Gewissenlosigkeit die Schwäche der Lust am wild aufgeregten Nervenreiz ausbeutet.

In beiden Fällen sind die gesellschaftlichen Zustände die eigentliche Ursache der geschäftlich ausgenutzten Schwäche, und wir werden das Uebel nicht überwinden, solange gesellschaftliche Zustände die Empfänglichkeit für seine Gifte in der menschlichen Natur entwickeln. Aber wo die Gegenwehr gegen jene Zustände der Gesellschaft Boden hat, wächst auch die Möglichkeit, von diesem Gifte wegzuführen. Hier ist ein Bild, wo sich mit der Aussicht auf ein Ernten der Unterschied der guten von der schlechten Verbrechergeschichte zur Empfindung bringen läßt und deshalb fügen wir der Vorwärts-Bibliothek einige Bände Verbrechergeschichten ein, die jeder scharfen Prüfung standhalten können.

An solchen Geschichten fehlt es der ersten Dichtung durchaus nicht. Der Verbrecher kann ein Mensch voll schwersten Schicksalringens sein. Aus vielen Gründen kann er das sein. Im großen und im kleinen. Das eben reizte die stärksten Dichter, sich zu mühen, in die Welt seines Innern einzudringen und sein Tun zu begreifen. Sie verherrlichen nicht das Tun und sie verherrlichen nicht den Täter, so stark ihre Wahrheitskraft beides auch darstellt.

Das Gewebe, das die so gerichtete Kunst des Dichters fertigt, bestimmt aber auch die Wirkungen, die der Leser erlebt. Er kann sich dem Trud ihrer Fäden nicht entziehen, und deshalb kann von diesen Verbrechergeschichten niemals für den Leser oder die Gesellschaft eine Gefahr ausgehen, die zu erzeugen der auf Schwächen spekulierenden und Schwächen steigenden Sorte Verbrechergeschichten sicher gelingt. Der Leser lernt vielmehr mit ruhigem Blick, wenn auch klopfenden Herzens, in graue Abgründe des Lebens zu schauen, und das zerstört nicht, das sat Kraft.

Mit den vorstehenden Ausführungen leitet Dr. Franz Diederich die „Verbrechergeschichten“ ein, die er in der Bormärz-Publikation herausgibt. Der vorliegende erste Band enthält „Michael Rehbau“ von Meiß, „Die Judenbrüche“ von Droste Dülhoff und „Der Verbrecher aus verlorener Ehre“ von Schiller nebst 12 von Verurteilten in das Leben dieser Erscheinungen. — Das Buch kostet nur 2 Mk. und 20 Pf. Forts. vom Verlag Buchhandlung Verwars, Berlin SW 68, über durch jede Buchhandlung bezogen werden.

einmalige Feuerungszulage, nicht unter 200 Mk. für Verheiratete, 40 Mk. für jedes Kind und 150 Mk. für Ledige. Am 4. Juni d. J. haben wir die Aufbesserung beantragt. Jetzt verlangen wir die Auszahlung. Von Wohlwollen in Worten können die Arbeiter nicht leben.

Darburg a. Elbe. Eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter beschloß am 13. d. M. einstimmig, beim Magistrat eine Erhöhung des Lohnvertrags zu beantragen. Die letzte Erhöhung, pro Tag 50 Pf., erfolgte am 1. April d. J.; alle anderen Anträge, wie Zahlung einer einmaligen Feuerungszulage, Bewilligung eines Ortszuschlages und Aufbesserung der Kleiderzulagen erlitten Ablehnung. Nunmehr verlangen die städtischen Arbeiter Aufbesserung des Kriegszuschlages um 1 Mk. für den Tag ab 1. September d. J. und für die Zeit bis zum 31. August Zubilligung einer einmaligen Feuerungszulage als Ausgleich für die in den zurückliegenden Monaten erforderlich gewordenen hohen Ausgaben zur Verringerung des notwendigen Lebensunterhalts. Erneut wird auf die Zahlung der Feuerungszulagen an die Angehörigen im Kriegsdienst befindlicher ständiger Arbeiter verlangt. Kurzzeit bestragen die gesamten Kriegszulagen für verheiratete ständige Arbeiter 2,80 Mk., für Ledige und Erstarbeiter 2,60 Mk. pro Tag. Für Kinder bis zu 15 Jahren werden pro Kind und Tag 20 Pf. gewährt. Die Stadt Darburg binnt sowohl in der Höhe der Zulagen wie in der Gewährung einmaliger Feuerungszulagen und erhöhter Kinderzulagen für die bei ihr beschäftigten, und in der Fortzahlung des Lohnes nebst Kriegszulagen an die zum Militär einberufenen Arbeiter hinter den Nachbarstädten her. Es wird Zeit, daß sich der Magistrat einmal über die in Wandsbek und Altona bewilligten Kriegszulagen informiert, denn das sind auch p r e u ß i s c h e und sogar Nachbarstädte, weshalb erst nach Linden und Geesthüte schweifen. Die bisher betriebenen Regelungen haben die Geduld und Ruhe der städtischen Arbeiter wirklich nicht gekürzt und es ist höchste Zeit, endlich einmal wirksame Beihilfen zu bewilligen.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände im Jahre 1917. Die deutsche Gewerkschaftstatistik für das Jahr 1917 liegt noch nicht vollständig vor. Die im Bureau der Generalkommission erfolgende Bearbeitung der statistischen Angaben der Zentralverbände ist jedoch soweit vorgeschritten, daß wir hier im Auszuge einige der wichtigsten Ziffern mitteilen können.

Das Berichtsjahr zeichnet sich demnach durch den Beginn einer neuen Aufwärtsbewegung unserer Gewerkschaften aus. Die rückläufige Periode, die mit dem Kriegsausbruch einsetzte, erreichte im Jahre 1916 ihren Tiefpunkt. Am 31. Dezember 1916 waren in den 47 Zentralverbänden nur noch 931.844 Mitglieder vorhanden gegen rund 2 1/2 Millionen beim Kriegsausbruch. Im ersten Quartal 1917 aber war die Krise überwunden, die Mitgliederzahl stieg auf 965.926, und diese Entwicklung läßt auch in den weiteren drei Quartalen an: im zweiten waren es 1.076.711 Mitglieder, im dritten 1.169.697 und im vierten Quartal 1.264.714 Mitglieder. Die Zunahme betrug demnach rund 330.000 gegenüber dem zweiten Quartal 1916. Im Jahresdurchschnitt liegt die Mitgliederzahl von 965.887 auf 1.065.506. In diesen Ziffern sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht mitgezählt, die am Jahresabschluss 1.221 bzw. 8774 Mitglieder hatten gegen 3680 bzw. 6249 Mitglieder am 31. Dezember 1916. Auch diese beiden unter den schwersten Verhältnissen arbeitenden Verbände nehmen an der allgemeinen Aufwärtsbewegung lebhaften Anteil.

Besonders erfreulich gestaltet sich die Bewegung der weiblichen Mitglieder. Das Jahr 1916 schloß in den 47 Zentralverbänden mit einem Bestand von 197.008 weiblichen Mitgliedern. Die Zahl stieg im ersten Quartal 1917 auf 222.045, im zweiten auf 257.575, im dritten auf 299.468 und im vierten Quartal auf 330.146 Mitglieder. Ferner waren 1201 weibliche Mitglieder im Verband der Hausangestellten und 2624 im Landarbeiterverband organisiert gegen 3618 resp. 1327 im letzten Quartal 1916. Am Jahresdurchschnitt war die Zahl der weiblichen Mitglieder von 180.895 auf 242.787 gestiegen; sie hat damit ihren bisherigen höchsten Stand überschritten, denn die frühere Höchstziffer war 223.676 im Jahresdurchschnitt 1913. Es läßt sich zwar nicht feststellen, ob die Zunahme der arbeitenden Zahl industriell beschäftigter Frauen entspricht, aber die Gewerkschaften dürfen durch diese Entwicklung mit Befriedigung registrieren; sie beweist, daß die Arbeiterinnen unter den Verhältnissen nicht mehr ergebnislos verläßt, sondern daß sie sehr wohl große Erfolge zu bringen vermag.

Die Finanzgebarung der Zentralverbände hat sich in gleicher Richtung wie die Mitgliederzahl bewegt. Die Einnahmen stiegen von 31.027.248 Mk. auf 39.189.398 Mk., während die Ausgaben von 30.071.048 Mk. auf 28.511.831 Mk. zurückgingen. Der Vermögensbestand stieg infolgedessen von 67.815.106 Mk. auf 70.717.119 Mk. Leider ist der Vermögensbestand des Metallarbeiterverbandes nicht

mit angegeben worden, so daß der obige Betrag dem tatsächlichen Vermögensbestand, der sich bei Einrechnung des Vermögens der Metallarbeiter ergeben würde, nicht entspricht. Am Jahresabschluss 1916 hatten die Zentralverbände ohne den Metallarbeiterverband ein Vermögen von 69.518.554 Mk., woraus sich ergibt, daß der Vermögensbestand unserer Zentralverbände den bis dahin erzielten Höchststand vom Jahre 1913 bereits überflügelt hat.

Die Einnahmen (39.189.398 Mk.) verteilen sich auf folgende Posten: Eintrittsgelder 264.036 Mk., Beiträge 28.567.262 Mk., Lokalbeiträge 5.058.756 Mk., Ortsbeiträge und freiwillige Sammlungen für die Kriegervfamilien 277.979 Mk., Zinsen 3.071.961 Mk. und sonstige Einnahmen 1.349.404 Mk. Die wichtigsten Ausgaben wiederum verteilen sich folgendermaßen: Reiseunterstützung 22.422 Mk. (im Vorjahre 46.536 Mk.), Langzeitunterstützung 111.310 Mk. (107.563 Mk.), Arbeitslosenunterstützung 719.607 Mk. (1.119.133 Mk.), Krankenunterstützung 4.841.575 Mk. (3.664.592 Mk.), Jubiläumunterstützung 526.252 Mk. (539.803 Mk.), Sterbegeld 1.495.928 Mk. (1.266.799 Mk.), Konsumunterstützung 267.237 Mk. (303.066 Mk.), Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer 2.656.712 Mk. (5.992.064 Mk.), Lohnbewegung ohne Arbeitseinkünfte 137.546 Mk. (70.577 Mk.), Streikunterstützung 162.149 Mk. (104.952 Mk.), Tarifkämpfe 35.199 Mk. (15.900 Mk.), Rechtschutz 106.420 Mk. (87.677 Mk.), Gemahrgeldunterstützung 17.729 Mk. (13.627 Mk.), Verbandsorgan 1.600.618 Mk. (1.246.201 Mk.), sonstige Beiträge 103.575 Mk. (78.320 Mk.), Bibliotheken 112.704 Mk. (122.087 Mk.), Unterrichtsreise usw. 21.485 Mk. (25.315 Mk.), Statistiken 47.437 Mk. (65.799 Mk.), Hygiene 1.940.769 Mk. (1.503.204 Mk.), Traditionsreisen usw. 296.098 Mk. (211.440 Mk.), Stellenvermittlung 67.344 Mk. (81.690 Mk.), Konferenzen und Generalversammlungen 326.346 Mk. (204.715 Mk.), Sonstige Ausgaben 2.070.727 Mk. (2.867.435 Mk.), Beiträge an die Generalkommission 254.946 Mk. (353.927 Mk.), Beiträge zu internationalen Verbindungen 15.873 Mk. (25.500 Mk.), Beiträge an Kartelle und Sekretariate 712.752 Mk. (714.466 Mk.) usw. Pro Kopf betragen die Ausgaben 26,92 Mk. gegen 31,46 Mk. im Jahre 1916. Die Ausgabe für Unterhaltungen betrug pro Kopf 10,12 Mk. gegen 11,30 Mk. im Vorjahre. An dem letzteren Aufwande war insbesondere die Arbeitslosenunterstützung beteiligt, die pro Kopf nur 66 Pf. gegen 1,52 Mk. im Vorjahre zuzuführen.

Die Auflage der Gewerkschaftspresse stieg von 1.255.084 auf 1.485.620 Exemplare. An der Erscheinungsgewisse der Blätter wurde nicht viel geändert; das Organ der Obermarke erscheint monatlich anstatt einmal monatlich und die „Gemeinheitszeitung“ erscheint anstatt wöchentlich vierteljährlich.

Diese kurzen Mitteilungen aus der Gewerkschaftstatistik zeugen von dem lebhaften Aufschwung, der die deutschen Gewerkschaften im Berichtsjahre zu verzeichnen hatten. Doch dieser Aufschwung schon im Anzuge einsetzen würde, hätte kaum jemand zu hoffen gewagt. Um so größer darf die Genugtuung über die Festigkeit unseres Organisationsgebäudes sein, die unsere Gewerkschaften der schweren Erschütterung des Kriegs so verhältnismäßig schnell widerwinden ließ.

Internationale Rundschau

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1917. Der soeben erscheinende Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission über die Stärke und Leistungsabfälle der zentralen Gewerkschaften des kaiserlichen Reichs läßt deutlich erkennen, daß die Stagnation der ersten Kriegszeit überwunden ist, daß auch die österreichische Arbeiterbewegung sich wieder fester an die Organisation anschließt. Die Zahl der Mitglieder, die Ende 1913 415.195 betrug, war in den darauffolgenden Kriegsjahren nacheinander auf 210.681, 177.133 und (1916) auf 166.937 gesunken. Das Berichtsjahr schließt mit 311.098 Mitgliedern ab, worunter 79.002 Frauen gegen 12.979 im Jahre 1913 sich befinden. Die Entlastung der finanziellen Verhältnisse ist ebenfalls eine erfreuliche gewesen. Die Einnahmen lud von 4,63 Millionen Kronen im Jahre 1916 auf 5,93 Millionen Kronen im Berichtsjahre gestiegen. Allerdings sind auch die Ausgaben der allgemeinen Reichsorganisationen ausproportioniert an 5,20 Millionen Kronen gegen 4,36 Millionen Kronen im Vorjahre. Die Ausgaben für Unterhaltungen haben abgesehen und relativ eine Verminderung erfahren. Nach Anstalten der Gewerkschaften sind mit 113.157 Organisten an der Spitze; es folgen Niederösterreich 52.220, Böhmen 129, Tirol 21.211 usw. Der häufigste Verband ist der der Metallarbeiter; er hatte im verfloßenen Jahr rund 77.000 Aufnahmen zu verzeichnen und kam damit auf 107.018 Mitglieder, wovon 31.881 weibliche. Dazum gehören die Eisenarbeiter mit 55.961, die Textilarbeiter mit 30.889, Verarbeiter mit 11.678, Chemisch Arbeiter mit 13.318 Mitglieder usw. Der Gesamtvermögensbestand hat sich im Jahre 1917 um rund 2 Millionen Kronen vermehrt. Es beträgt 16,2 Millionen Kronen.

Rundschau

Genossenschaftlicher Geist. Es gibt wohl kaum einen größeren Gegensatz als zwischen dem kapitalistischen und dem genossenschaftlichen Prinzip. Der Kapitalismus beruht auf dem Grundsatz der Freieingeklung und des persönlichen Erwerbsbetriebs, die Genossenschaft beruht auf der Organisation und dem Solidarismus. In der kapitalistischen Wirtschaftsweise handelt jeder einzelne nach seinem persönlichen Ermessen und zu seinem eigenen persönlichen Vorteil ohne Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe der anderen, in der genossenschaftlichen Wirtschaftsweise wird nach einem vorbedachten Plane gemeinsam gearbeitet unter Wahrung des Gemeininteresses. Auch in einer Genossenschaft vertritt jeder sein eigenes Interesse, aber er nimmt bewußtformen Rücksicht auf das Interesse der anderen Volksgenossen. Neben der Durchführung einer planmäßigen Organisation, die alle Kräfte zusammenfaßt und auf ein bestimmtes Ziel richtet, ist es besonders der genossenschaftliche Geist, dem die moderne Genossenschaftsbewegung ihre Erfolge verdankt. Leider gibt es noch Genossenschaften und Genossenschaftler, die lediglich auf die äußere Form des zusammenhängenden Gewerkschaftsorgans und darüber den Geist der Genossenschaft vernachlässigen. Der moderne Geist des Sozialismus, der ausschließlich auf das Materielle gerichtet ist und den ungeschulten Erwerbsbetrieb geachtet hat, hat die gesamte Menschheit verleidet und auch manche Genossenschaften mit seinem Geiste angeheftet. Diese Vernachlässigung muß durch eine selbsttätige genossenschaftliche Erziehungsarbeit wieder aufgemacht werden. Es gilt namentlich, den genossenschaftlichen Geist in den Lehrern und den Mitgliedern zu pflegen, damit die Genossenschaften mit fortschreitendem Gemeinmüß erfüllt werden. Wer um seiner persönlichen Vorteile willen das Wohl der Genossenschaft aus den Augen verliert, der schadet der Genossenschaftsbewegung und hindert sie daran, ihre großen Aufgaben zu erfüllen. Wir alle müssen lernen, sozial zu denken, das heißt, unser Denken und Wollen auf das Gelingen des Ganzen einzustellen. Dazu bedarf es einer inneren Umwandlung. Die Selbstsucht und die private Erwerbsgier müssen zurückgedrängt werden, in jedem Augenblicke müssen wir uns der Tatsache bewußt werden, daß wir Mitglieder einer sozialen Arbeits- und Lebensgemeinschaft sind und daß das Gelingen des einzelnen von dem Gelingen des Ganzen abhängig ist. Zweckmäßig muß nach viel Aufklärung und Genossenschaftsarbeit geleistet werden, wenn unser deutsches Volk vom kapitalistischen Wesen genesen soll. Die Genossenschaftspraxis an erster Stelle berufen, die durch den Kapitalismus verfestete Menschheit wieder gesund zu machen.

Werkstätiges städtisches Vorgehen gegen die Wohnungsnot. Angesichts der vielerorts wegen vorhandenen oder drohenden Wohnungsnot ist es dringendes Bedürfnis, sich über die mannigfaltigen zur Bekämpfung dieses Uebels für zu werden. Wer dieses Bedürfnis fühlt, der greife getreu zu der Denkschrift der Stadt Dortmund über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot, die der Magistrat folgenden Stadtvorstandsvorversammlung zur Begründung zahlreicher Anträge vorgelegt hat; er wird in dieser Denkschrift reichliche, aus der Fülle der Praxis geschöpfte Belehrung über das ganze dringende Problem finden, und zugleich wird sich vor ihm das erhebliche Maß einer mit ganz außerordentlichen Tatkraft und großer Entschlossenheit gegen das Uebel ankämpfenden Stadtverwaltung entrollen. Auf den verschiedensten Wegen ist man in Dortmund bemüht, diesen Kampf zu führen. Einmal ist man nachdrücklich auf die möglichste Ausnutzung der bereits vorhandenen Gebäude bedacht, aber das Ergebnis wird voraussichtlich doch nur ziemlich schmal sein. Sodann hat man sich auch der Aufbarmachung der militärischen wie der industriellen Baracken zugewandt, aber hier ist das Ergebnis fast gleich Null. Auch die Schaffung von Altbauern aus der Grundlage neuer vereinfachter Bauverfahren und Baustoffe z. B. Leichtbau-Steine und Leichtstrahlbau hat die Stadtverwaltung Dortmund einer Prüfung unterzogen und ein befriedigendes Resultat hierin sowie die Errichtung von Probebauten sollten in die Wege geleitet werden. Als Hauptabbaufeldmittel hat sich auch in Dortmund vornehmlich die Errichtung von massiven Wohnanlagen ergeben, und hier kommt der Wohnungsnotlage der Stadt die bevorstehende umfangreiche Parzellierung der industriellen Werke sowie auch gemeinsamer Wohnanlagen zustatten. Es ist uns verpönt zu sehen, wie auch hier die Stadt auf die mannigfaltigsten Weise vordringt und nureis eingreift oder eingreifen gedenkt; durch Gründung einer besonderen großen gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft, durch eine Sonder-Pauschalverordnung für Altbauwerk, Verbilligung von Baumaterial, Gewährung von Zuschüssen und Vergünstigungen, eigene Parzellierung, die Errichtung von Strakenkosten, Verbilligung von der Umzugssteuer usw. usw. Beiläufig wird man sich über oder jenseit Richtung noch einen Wunsch auf Ergründung oder Ausbau des Dortmund Vergebens haben können, aber im ganzen wird wohl kein Freund des Gemeinwohls die Dortmunds Tätigkeit das der Stadt liegen ohne

ein starkes Gefühl der Befriedigung darüber, wieviel ein auf gezieltes Gemeinwohnen doch auch gegenüber dem schmerzlichen Uebel der Wohnungsnot in der jetzigen forgenvollen Zeit vermag.

Die Seeresverwaltung für den Achtstundentag. Zum großen Entsetzen der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zeigt sich die Seeresverwaltung sozialen Erwägungen zugänglich. Im besetzten Frankreich zieht die Seeresverwaltung die Einwohnerkraft zur Arbeitsleistung heran. Sie wird hauptsächlich in der Landwirtschaft, beim Straßenbau, auf Proviantämtern usw. beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt bisher 9 Stunden täglich. Nur in Ausnahmefällen wurde länger und des Sonntags gearbeitet. Nun hat das Oberkommando einer Armee in den besetzten Gebieten folgende Verfügung erlassen: „Die arbeitgebenden Dienststellen müssen bei dem augenblicklich besonders starkem Mangel an Arbeitskräften in der Armee mit aller Sorgfalt darüber nachden, daß durch Debnung von Arbeitslohn und -kraft die verfügbare Arbeiterzahl bestmöglichst und reiflos ausgenutzt wird. Neben beständiger Sorge um gute Unterbringung und Verpflegung, Abwendung der Verleumdung ist dies zu erreichen durch Kürzung der Anmarschwege und strenge Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit (einschl. Anmarsche). Außerdem sind Ruhetage dringend erforderlich. Der arbeitgebende Tag ist der Sonntag, der auch am Vormittag frei sein soll. Nach den dringenden Aufgaben eine Sonntagsarbeit unvermeidlich (Ernte usw.), so muß möglichst in der Woche ein Ruhetag eingelegt werden.“

Die Begründung dieser Maßnahme sagt gewiß nichts Neues. Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften haben diesen theoretischen Standpunkt schon immer vertreten. Der von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ aus der Kumpfkammer wieder hervorgebrachten Unternehmertheorie, daß lange Arbeitszeit im Interesse der Volkswirtschaft liegt, schlägt sie aber moralische Ohrfeigen. Lange Arbeitszeit liegt nicht einmal im Unternehmerinteresse, wie vorstehende Verfügung zeigt, wieviel weniger im Interesse der Volkswirtschaft. Die Arbeitskraft wird sich des neuen Bundesgenossen im Kampfe für den Achtstundentag gut zu bedienen wissen.

Die üble Wirkung der Frühdruckprämien. Die Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen tritt in den letzten Tagen des Juli an die Landwirte folgende Mahnung: „Die kurze Gestaltedauer der hohen Frühdruckprämien hat in Verbindung mit den ungünstigen Wetter zu vielfacher Ablieferung übermäßig feuchten Getreides geführt, das sich nicht gleich vermarkten, aber auch auf dem Lager nicht halten läßt. Da dadurch schwere Verluste an unerwartetem Profitor eintreten können, sich die Ableser solcher Getreides im übrigen der Gefahr der Reifung eines Minderpreises aussetzen, ergibt von der Landwirtschaftskammer die folgende Mahnung, nur wirklich mahl- und aufbewahrungsfähiges Getreide aus der neuen Ernte zur Ablieferung zu bringen. Beim Staatssekretär des Kriegsernährungsamts ist beantragt worden, die Frühdruckprämien von 100 Mk. je Tonne bis zum 15. August und die Prämie von 80 Mk. bis Ende August gelten zu lassen.“ Also hier wird behauptet, daß die hohen Frühdruckprämien zu vielfacher Ablieferung übermäßig feuchten Getreides geführt haben und schwere Verluste an unerwartlichem Profitor eintreten können! Die Hauptbedingung an diesem bedenklichen Zustande wird allerdings der kurzen Gestaltedauer der Prämien beigegeben. Es wird deshalb verlangt, daß die Prämie von 100 Mk. die für die Tonne bis zum 1. August festgesetzt war, bis zum 15. August gelten soll und die Prämie von 80 Mk. die bis zum 15. August Gültigkeit hat, noch bis Ende August erhoben werden kann. Damit wird nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß die hohen Prämien, die zum Zwecke der schnellen Anlieferung angelegt worden sind, für die ganze Roggenernte in Kraft bleiben sollen. Den Landwirten soll der besondere Tribut gezahlt werden, ganz gleich, wann sie ihr Getreide abliefern. Die Bezeichnung „Frühdruckprämie“ soll also nur eine Verwärtelung für den Extraprofit sein. An Beiseidenheit haben es die Herren Agrarier noch nie fehlen lassen, am wenigsten heute. Aber kann das Getreide verderben, als daß auf den hohen Profit einmal verzichtet würde. Das geht aus der Mahnung der Westfälischen Landwirtschaftskammer deutlich hervor. Aber die Medaille hat noch eine andere Seite. Aus der hohen Frühdruckprämie ergibt sich ein anderer bedenklicher Zustand. Und das ist der, daß alle Arbeit auf die Anlieferung des Getreides verwandt wird, während die Ernte der Frühdruckfrucht und deren Anlieferung an die Gemeinden unterbleibt. Die Folge ist, daß, da auch die Vorräte an Rohmitteln fast reiflos aufgebraucht sind, die Gemeinden nicht wissen, wie sie ihre Pflegebestellungen vorbringen sollen. Das Frühgenieße allein reicht dazu nicht aus. Doch was dem einen im Juli, es dem anderen im Nachhinein. Den Bauern bringt die Postlage doppelten Gewinn ein. Einmal heimt sie die Frühdruckprämie ein und zum anderen werden ihnen die Frühdruckfrucht durch die Kammerer zu den höchsten Preisen vom Felde weggeholt. Man muß tagtäglich sich die Augenreiben, die die Städte und Landgegenden verheben. In Landenden und Abertausenden fahren die Stadtbewohner aufs Land hinaus, um unter den verarmten Bauern ein Lausam Frühdruckfrucht für den drückendsten Hunger zu kaufen. Der Bauer aber lacht sich ins Häubchen. Der Arbeit des Markttreibens ist er überhoben und sein Gewinnen hat noch mehr als ein frohendes Aussehen gehabt. Eine reizendere Welt hat es für ihn nie gegeben! Wie aber leben jene Volksteile, die nicht

in der Lage sind, Kartoffeln und andere Dinge heranzuholen? Das wollen wir nicht weiter ausmalen. Es entfalten sich da Glendsbilder sondergleichen. Die Dinge können so nicht weitergehen.

Die neuen Brotpreise. Als die neuen Getreidepreise festgesetzt wurden, suchte man diejenigen Verbraucherschichten, die auch heute noch auf den Pfennig sehen müssen, dadurch zu beruhigen, daß man ihnen vorrechnete, daß ja der Brot- und Mehlpreis nur um „ein paar Pfennige“ höher werden würde. Daran haben natürlich weder die Verfasser der Beruhigungsreden, noch die Verbraucher selber geglaubt, denn man kennt das Spiel ja jetzt zur Genüge: Bei den Erzeugern fängt es an und dann will niemand in dem weiteren Verarbeitungs- und Verteilungsprozeß zurückbleiben, jeder weiß seine „Not“ nach und schließlich ergibt, abgerundet auf volle Pfennige, das Ganze eine recht nette Mehrbelastung der Verbraucher. Gewiß, 15 Pfennig für ein Brot machen bei einer fünfköpfigen Familie nur 75 Pf. in der Woche aus, aber wir wissen doch schon, daß das Ende noch lange nicht da ist, daß Milch, Butter und Fleisch nicht auf dem jetzigen Preisstande bleiben werden und dann sind leicht aus den paar Pfennigen ein paar Mark geworden. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ sich auch bemüht, durch immer wieder aufgewärmte oder von phantastischen Berichten hallen gut erfundene oder ausgeschmückte Geschichten von schweißenden Munitionsarbeitern ihren Lesern glaubhaft zu machen, daß es den Soldaten recht gut gehe, die verantwortlichen Stellen wissen doch, daß es sehr viele Haushaltungen gibt, die schon sehr nicht aus und ein wissen und nicht einmal mehr in der Lage sind, ihre Lebensmittelkarten einzulösen. Was hilft diesen Kreisen der schönste Produktionsanreiz, wenn sie die Produkte nicht mehr kaufen können?

Stohlen im nächsten Winter. Die Kohlenversorgung für nächsten Winter hat zu umfangreichen Maßnahmen geführt. Im allgemeinen hat die Notwendigkeit verschiedene Ursachen: Erhöhten Anforderungen durch die Industrie usw. steht der Ausfall an englischer Kohle und eine erschwerte heimische Förderung gegenüber. Die Zahl der Beschäftigten hat sich vermindert, und die arbeitsmäßige Leistung pro Kopf der Leistung geht ständig zurück. Man ist bemüht, nach Möglichkeit diese Quellen der Kohlenknappheit zu beseitigen. Im Sommer 1917 gab die Seeerleichterung Vergarbeiter in größerer Zahl frei, so daß die Beschäftigtenzahl um etwa 50.000 Mann gesteigert werden konnte. Außerdem behandelte der Reichsausschluß für Handel und Gewerbe die Frage eingehend. Nach seinem eben erschienenen Bericht forderte er weitere Vereinfachungen von Vergarbeitern, von Seeerleichterungspflichtigen, Gefangen und ausländischen Arbeitern bis zur vollen Ausnützung der Förderungs-möglichkeiten. Weiter sei Sorge zu tragen, daß den Wasserstraßen stets die genügende Zahl von Schiffen mit Mannschaften zur Verfügung stehen. Fernerlenkung aus den einzelnen Gebieten des Reiches ging hervor, daß die Verteilung überall gleich knapp war. In München wurden 61 v. H. des Niederebenenanteils an Hausbrandstoffe geliefert, in Nürnberg 25 v. H., in Württemberg 50 v. H., in Ostpreußen 60 v. H. usw. Der Osten sei besonders lückig weg gekommen, weil er keinen Vorrat gehabt habe. Die Verteilung der Kohlen sei zum großen Teil mit auf die schwierigen Transportverhältnisse zurückzuführen.

Aus der Drogenliste der Erasmittelhersteller. Was den Verbrauchern an unzerstörbaren, ja gefälschten Ersatzmitteln von jenen Kennzeichnungsstellen, denen es nur auf das Verdienen ankommt, geboten wird, sieht man aus einer Bekanntmachung des Arznei- auschusses für Stärke, Tee und deren Erzeugnisse. Danach ist jeder Abfall immer noch auf genau erachtet für die Verhüllung von Stärke-Ertrag, z. B. Stenimmschäfte, Häkel- und Wollknäueln, Blauenreiser, Mandelkugeln, Holzmehl, Tort, Trecker, ausgetragene Gerbstoffe, nicht entwertete Lumpen, Samen der Normade, des Pflanzentrasses, Strohballen, Apfelfäden, Pfähle, Dattlerindien usw.

• Briefkasten •

Zan. II. S. Nr. 1. In Rücksicht auf die Beidauer in die Straßung geboten. Unterzeichnung wird in der Regel der letzterer nicht erwahet. B. Anspruch auf Gehalt wird in diesem Fall von der Stadt Berlin nicht bewilligt. Auch die angebotene Hochzeit wurde an 2 und 3 nicht ändern! Freundl. Gruß!

Himmel der Menschheit.

Wenn deine Faust den heulenden Tod aus der Haubitz entriß Und deine Seele nach anderen Zielen sich wühlte, Wenn dein schützendes Herz den Wahnsinn der Tage süßte Und rebellischer Schrei den Vorhang der Zukunft verbiß. Bruder! In dieser inbrünstigen Stunde wachst du mir nah. Ich hörte dein Herz laut, laut im Schlachtfeld aufklopfen! Ich süßte dein Blut in meinem Geader tropfen; Bruder, die Stunde der Wiebergebur war da. Als ein blendender Blitz in deine knospende Krone fuhr, Krieg, dich zerbrach, das Ungeheuer — Bruder, da stand auch meine Seele im Feuer! Wir brannten zum Himmel in einer leuchtenden Spur. Und diese Stunde sprach uns von Blutsund los. Wir hatten gehöhlt. Der Nord war lachend brennd ... Doch eine Sonne hat unsere Augen furchbar geblendet! Wir stürzten zurück in unserer Mutter duftamen Schoß. Bruder, der du verstorbst im Grabe steg, Du hörst über dein Grab die Stürme der Stürmenden gehen ... Schmerzhaft Mutter in wiederholten schmerzhaften Wehen — Mutter, ob du mit mir in den strahlenden Himmel der Menschheit stegst?

Musiker Max Bartel.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Karl Marx. Versuch einer Einführung von Dr. R. W. Brandt, Professor der Volkswirtschaftslehre an der Universität Tübingen. (135 S.) 8. Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich gemeinverständlicher Darstellungen. 621. Bandchen. Geb. 1,20 M., geb. 1,50 M. Hierzu Feuerungs-zuschläge des Verlags und der Buchhandlungen. Verlag W. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1918.

Auch von Marx gilt das Dichterwort: „Von der Parteien Haß und Günst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“. Seine Anhänger haben ihn vergöttert, seine Gegner verurteilt, aber nur wenige haben diese reiche, bis zum inneren Widerspruch eifrigste, so vieles zusammenfassende und von so Großen erachtete Persönlichkeit ganz gekannt. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß zu seinem 100. Geburtstag in der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ ein Bandchen über ihn von einem unserer besten Marxkennner, Professor R. W. Brandt, Tübingen, erscheint, das eine historisch kritische Würdigung der Persönlichkeit und der Werte des genialen Feuers und Kaisers der Sozialdemokratie gibt. Nach einem einleitenden Kapitel, das den Lebensgang skizziert, wird ein Bild von der Weltanschauung Marx entworfen, die vom Idealismus des 19. Jahrhunderts über Engels Entwicklungsgedanken zum naturwissenschaftlich orientierten Positivismus gelangt.

Totenliste des Verbandes.

- 6. Goetsch, Mühlhausen i. E. + 15. 4. 1918, 65 Jahre alt.
Gastan Schlerhaus, Stuttgart + 10. 8. 1918, 79 Jahre alt.
Albert Krüger, Berlin + 27. 5. 1918, 39 Jahre alt.
H. Timmermann, Hamburg + 28. 7. 1918, 60 Jahre alt.
Charl. Winterstein, Hamburg + 20. 7. 1918, 23 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

- Joh. H. Helmke, Bremen am 24. Juli 1918 im Alter von 32 Jahren gefallen.
Hugo Klentkahl, Berlin am 4. August 1918 im Alter von 31 Jahren gefallen.
H. W. Hilbert, Chemnitz am 11. Juli 1918 im Alter von 25 Jahren i. Lazarett gestorben.
Reinhold Lange, Leipzig am 30. Juli 1918 im Alter von 31 Jahren gefallen.
Karl Jahnke, Hamburg am 19. Juli 1918 im Alter von 37 Jahren i. Lazarett gestorben.
Erik Siepe, Berlin am 29. Mai 1918 im Alter von 29 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Krieg. In Vertretung des Verbandes der Gemein- und Staatsarbeiter d. Rheinl. u. Westf. u. Nordf. Arbeitervereine, beide Berlin W. 57, Unterfeldstr. 24. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Jan. Singer & Co., Berlin SW. 68, Mühlstr. 3.